

Demokratie im Wandel oder doch in der Krise? Bericht zur Tagung 'Formwandel der Demokratie', Universität Trier, 29.-31. März 2017

Kemper, Anna-Maria; Riede, Hannah

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kemper, A.-M., & Riede, H. (2017). Demokratie im Wandel oder doch in der Krise? Bericht zur Tagung 'Formwandel der Demokratie', Universität Trier, 29.-31. März 2017. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 8(1), 129-132. <https://doi.org/10.3224/zpth.v8i1.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Demokratie im Wandel oder doch in der Krise?

*Anna-Maria Kemper / Hannah Riede**

Bericht zur Tagung *Formwandel der Demokratie*,
Universität Trier, 29.–31. März 2017

Die „Krise der repräsentativen Demokratie“ ist kein neuer Topos des Fachs. Doch hat das bereits vor zwei Jahren auserkorene Thema „Formwandel der Demokratie“ der Frühjahrstagung der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, zu der *Winfried Thaa* und *Christian Volk* nach Trier einluden, vor dem Hintergrund des Erstarkens des Rechtspopulismus in den USA und Europa neue Brisanz erhalten.¹ Diese aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen gilt es, politik- und demokratietheoretisch einzuordnen sowie konzeptionelle Antworten zu entwickeln. Der für Ambivalenzen offene Begriff des ‚Formwandels‘ – von den Gastgebern als bewusste Abgrenzung zum Terminus der ‚Postdemokratie‘ gewählt – erscheint angesichts der aktuellen Entwicklungen beinahe als Euphemismus, so Winfried Thaa in seiner Eingangsrede. Zugleich macht der

Begriff auf den zentralen Ausgangspunkt der Tagung aufmerksam: Potentiell demokratiegefährdenden Entwicklungen stehen gegenläufige Tendenzen wie die Ausweitung individueller Rechte und die Institutionalisierung neuer Partizipationsformen gegenüber.

Vom Formwandel...

...der Demokratie

Dass Krisendiagnosen zum Zustand der Demokratie kein neues Phänomen sind, machte *Veith Selk* deutlich. Er identifizierte bei Theodor Eschenburg, Werner Weber und Jürgen Habermas „frühe Diagnosen eines Formwandels der Demokratie“. Mit Blick auf die Gegenwart schloss *André Brodacz* seine These an, dass derzeit politisch und gesellschaftlich debattierte Krisennarrative – er identifizierte Narrative zu einer Integrations-, Staats- und Volkskrise – individuelle Enttäuschungen kollektivierten sowie ordnungsbildend und mobilisierend wirkten. Auf diese Weise blockierten sie einen „normativen Formwandel der Demokratie“, da sie Erwartungen an die Demokratie stabilisierten und zugleich Enttäuschungen festigten. Werbung für ein neues Forschungsfeld machte *Thorsten Thiel*.

* Anna-Maria Kemper, MA
anna-maria.kemper@politik.uni-freiburg.de

Hannah Riede
hannah.riede@politik.uni-freiburg.de

1 Eine frühere Fassung des Berichts wurde auf dem Theorieblog (<https://www.theorieblog.de/index.php/2017/05/formwandel-der-demokratie-bericht-zur-dvpw-sektionstagung-in-trier/>) und bei Soziopolis (<https://soziopolis.de/vernetzen/veranstaltungsberichte/artikel/formwandel-der-demokratie/>) veröffentlicht.

Er bot einen Parforceritt durch das demokratietheoretisch noch ungehobene Potential auf dem Gebiet des digitalen Strukturwandels. Die Digitalisierung (lies nicht: das Internet) habe in den Bereichen Partizipation, Öffentlichkeit, Kapitalismus und Herrschaft tiefgreifende und dauerhafte Effekte auf die Demokratie. Der dadurch verursachte und vorangetriebene Formwandel der Demokratie müsse daher demokratietheoretisch angemessen reflektiert und dazu das vorhandene politiktheoretische Instrumentarium erweitert (*supersizing*) und gerade mit Blick auf die Analyse von Herrschaftskonstitution und -ausübung ergänzt (*theory 2.0*) werden. Schließlich identifizierte *Micha Knuth* im französischen politiktheoretischen Diskurs zur substantiellen Bestimmung der Demokratie die Autonomie als geteilten „demokratischen Imperativ“ von Cornelius Castoriadis, Marcel Gauchet und Claude Lefort. Castoriadis benannte er als Verfechter der direkten Demokratie; Lefort und Gauchet als Vertreter einer Reform des repräsentativen Systems, dessen konstitutive Spannung Lefort und Gauchet adressierten: Erst durch Repräsentation gelangten gesellschaftliche Konflikte in den politischen Prozess und würden dort reflektiert, was derzeit – so Knuth insbesondere in Anschluss an Gauchet – jedoch nur unzureichend umgesetzt würde. Mit Blick auf verschiedene Demokratiekonzeptionen diskutierte abschließend *Thorsten Hueller* das Verhältnis von normativen Demokratieprinzipien und deren Umsetzung.

...der Partizipationsformen

Neue Beteiligungsformen und der Wandel der Öffentlichkeit werfen Fragen nach demokratischer Legitimation und politischer Inklusion auf und stehen in einem Spannungs- und Ergänzungsverhältnis zum repräsentativen System. So machte *Markus Linden* darauf aufmerksam, dass das deutsche Petitionswesen verstärkt als plebiszitäre Protestform wahrgenommen werde, dabei aber von Einflussdisparitäten und einer problema-

tischen Gewichtsverschiebung von parlamentarischen zu privaten Petitionsplattformen gekennzeichnet sei. Deliberative Beteiligungsverfahren in Form sogenannter „Mini Publics“ stellten *Gary S. Schaal* und *Fränze Wilhelm* anhand einer empirischen Studie im Bereich Stadtentwicklung vor. Die Etablierung dieser Verfahren habe die Verbesserung demokratischer Legitimation, die Inklusion marginalisierter Gruppen sowie die Entwicklung einer demokratischen Beteiligungskultur zum Ziel. Jedoch führe ihre Implementierung in liberal-repräsentative Institutionenkontexte auch zu „Legitimationsfriktionen“, welche demokratietheoretisch adressiert werden müssten. Eine kritische Skepsis gegenüber dem Formwandel der Öffentlichkeit forderte schließlich *Michel Dormal*. In Erneuerung der Kritik von Wilhelm Hennis und Pierre Bourdieu problematisierte er die entpolitisierende Wirkung eines Politikverständnisses, das soziale Konflikte verdecke und die Bürger_innen lediglich als Publikum betrachte. Die „Theorien des demokratischen Formwandels“ von Bernard Manin, John Keane und Pierre Rosanvallon berücksichtigten diese Tendenzen der Entpolitisierung zu wenig.

...des demokratischen Subjekts

Migration und die Herausbildung transnationaler und supranationaler Strukturen führen zu tiefgreifenden Transformationsprozessen des demokratischen Subjekts. In diesem Zusammenhang plädierte *Julia Schulze Wessel* für eine neue Perspektive auf Geflüchtete als politische Subjekte. Die bislang vorherrschende Sicht des „methodologischen Nationalismus“ produziere einseitig das Bild unsichtbarer Personen als Gegenfiguren zu Staatsbürger_innen. Geflüchtete erschienen so als „apolitische Rezipient_innen humanitärer Hilfe“, verlustig all ihrer Rechte und politischen Handlungsfähigkeit. Die Neufassung der Figur des Geflüchteten als handelndes Subjekt in transnationalen und informellen Räumen habe tiefgreifende Wirkung auf

das Nachdenken über Demokratie: Indem Geflüchtete selbst solche Grenzziehungen hinterfragten, würden sie zu Figuren der Transformation von Demokratie über deren nationalstaatliche Grenzen hinweg. Jenseits nationalstaatlicher Grenzziehungen argumentierte auch *Markus Patberg*, der im Formwandel der europäischen Demokratie vier unterschiedliche Narrative zur EU und ihrer verfassungsgebenden Gewalt identifizierte: Das Narrativ eines grenzüberschreitenden „europäischen Volks“, einer bei den Nationalstaaten verbleibenden verfassungsgebenden Gewalt in Form „pluraler *demos*“, einer gemischten konstituierenden Gewalt (EU und Nationalstaaten als „föderale Union“) und zuletzt eines Verzichts auf ein Subjekt verfassungsgebender Gewalt („Europa als anti-hegemoniale Multitude“). *Anna Meine* lotete mit Seyla Benhabib, Jürgen Habermas und James Bohman die Möglichkeiten mehrfacher demokratischer Mitgliedschaften in transnationalen Ordnungen aus und verwies dabei auf ein Spannungsfeld: Diese stellten nur gemeinsam die Selbstbestimmung individueller Mitglieder in unterschiedlichen *demos* und politischen Ordnungen sicher. Zugleich stünden sie aber aufgrund der inhärenten Begrenztheit demokratischer Mitgliedschaft in Widerspruch zueinander. Daher sei die Pluralisierung demokratischer Mitgliedschaften an die Bedingung geknüpft, dass jede Mitgliedschaft in einem spezifischen Kontext, für einen *demos* beziehungsweise in einer Teilordnung, gültig sei.

Verhältnisbestimmungen von Demokratie, Protest und Populismus

Besonders prägend für die Tagung waren wiederholt diskutierte Fragen zum Verhältnis von Populismus und demokratischen Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Pluralität. *Claudia Landwehr* ging in Anschluss an Nadia Urbinati der Frage nach, ob Popu-

lismus als „natürliche“ Reaktion auf eine „expertokratische Entstellung der Demokratie“ zu verstehen sei. Sie kam zu dem Schluss, dass Expertokratie und Populismus vielmehr Symptome einer Krise des demokratischen Prozeduralismus seien, welcher einer Verteidigung und Erneuerung bedürfe. *Paula Diehl* analysierte die 5-Sterne-Bewegung um Beppe Grillo als „Laboratorium neuer Tendenzen“ und beschrieb diese aus repräsentationstheoretischer Perspektive als zutiefst ambivalent und widersprüchlich – als „*strange animal*“. *Olaf Jann* stellte in seinem Beitrag die später kontrovers diskutierte These auf, Populismus sei als Ausdruck einer „rebellierenden Demokratie“ zu verstehen – im Sinne eines Aufstands der Bürger_innen, „nicht derart regiert zu werden“ (Michel Foucault) – und glaubte darin ein demokratisches Potential populistischer Bewegungen zu erkennen. Dem hielt Martin Nonhoff in der Diskussion entgegen, dass Foucaults Konzept demokratischer Herrschaftskritik im Sinne einer Selbstregierung als Freie und Gleiche nur schwerlich auf eine Bewegung anwendbar sei, die nicht per se herrschaftskritisch sei, sondern vielmehr die Herrschaft ihrer eigenen exklusiven Gruppe anstrebe. *Jan Christoph Suntrup* verwies auf die „Ambivalenz von Misstrauensdemokratien“. Misstrauen sei als herrschaftskontrollierendes Mittel grundlegende Bestandsvoraussetzung von Demokratie. Doch könnten populistische Misstrauensbekundungen, wie sie derzeit in Verschwörungstheorien, „alternativen Fakten“ und vereinfachten Freund-Feind-Schemata artikuliert würden, demokratiegefährdende Qualität erlangen.

Der Frage, wie neue Partizipationsformen, politischer Protest und Populismus zu bewerten sind, ging schließlich auch eine von *Christian Volk* moderierte Podiumsdiskussion unter dem Titel „Mehr Partizipation – weniger Demokratie?“ nach, an der *Robin Celikates*, *Ingolfur Blühdorn* und *Hans J. Lietzmann* teilnahmen. Kontrovers diskutiert wurde insbesondere die Frage, ob und inwiefern Links- und Rechtspopulismus Gemeinsamkeiten aufwiesen. Lietzmann sah in bei-

den Formen des Populismus eine gemeinsame soziale Situation als Ursprung, Blühdorn mit der Erfahrbarmachung von Autonomie und Souveränität ein gemeinsames Motiv des Protests, während Celikates beide Einschätzungen entschieden zurückwies und für eine deutlichere und grundlegende Differenzierung zwischen Links- und Rechtspopulismus plädierte. Diese unterschieden sich, so Celikates, nicht nur hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, sondern auch hinsichtlich ihrer Organisationsformen. Als Spezifikum des Rechtspopulismus benannte er dessen Berufung auf eine „Einheit des Volkes“, das antipluralistische Politikverständnis, Rassismus und Formen regressiver und exkludierender Identitätsbildung. Misstrauen und Kritik linker Protestbewegungen, welche die Multitude forderten, speisten sich nicht aus derselben Affektlage.

Die Substanz demokratischer Legitimität

Das Verhältnis von Populismus und Demokratie verweist auch auf demokratietheoretische Grundsatzfragen zur substantiellen Bestimmung von Demokratie. Wie sieht ein zeitgemäßer Begriff von Demokratie aus und was sind dessen zentrale Prinzipien? Dazu hielten Catherine Colliot-Thélène und Wolfgang Merkel zwei programmatische Keynotes. *Catherine Colliot-Thélène* setzte dabei klare Akzente: Sie plädierte für eine Revision des tradierten Demokratieverständnisses und für eine Abkehr vom Begriff der Volks-

souveränität. Direktdemokratische Beteiligungsformen seien nicht per se demokratisch. Der Selbstgesetzgebung stellte sie die Rechtsgleichheit als das Kernprinzip liberaler Demokratien entgegen – auch um die neuen Formen politischen Handelns einer kritischen Bewertung zu unterziehen. *Wolfgang Merkel* entwickelte ein Prozessmodell demokratischer Legitimität. Demokratische Legitimität, die Rechtmäßigkeit und Anerkennungsfähigkeit von Herrschaft, sei begrifflich und analytisch zu unterscheiden von Legitimation, welche den Prozess der Herstellung von Legitimität beschreibe. Demokratische Legitimität bestehe dabei aus zwei notwendigerweise verbundenen Dimensionen: Der Legitimität, verstanden als normativer Anerkennungswürdigkeit einer Demokratie, die sich aus Grundrechten, Institutionen, Verfahren etc. speise, sowie dem Legitimitätsglauben, verstanden als der empirischen Anerkennungszuschreibung durch ihre Bürger_innen.

Eine durchweg überzeugende und weit hin geteilte Bestimmung des Formwandels der Demokratie lieferte die Tagung letztlich nicht, wohl aber schärfte sie den Blick für dessen verschiedene Facetten und Ambivalenzen sowie für politiktheoretische Desiderate in seinen noch wenig(er) erschlossenen Gebieten. Zudem wurde deutlich, dass Populismus nicht nur ein politisch, sondern auch politiktheoretisch umkämpfter Begriff ist. Als präzise Wissenschaftskategorie mit zeitdiagnostischem Potential ist er insbesondere auf gesellschaftstheoretischer Ebene noch nicht ausreichend bestimmt.